

Lehren aus der Krise

Die Krise ist noch nicht überwunden

Die schwierigste Phase der Krise liegt noch vor uns. Davon ist der Wiener Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister überzeugt. Was wir aus der Krise lernen können, hat er für den einblick in zehn Thesen zusammengefasst.

1. Die große Krise **leitet den langsamen Zusammenbruch des Finanzkapitalismus ein.**

Diese Form einer Marktwirtschaft hat sich seit den 1970er Jahren ausgebreitet, die kapitalistische „Kernenergie“, das Gewinnstreben, konzentrierte sich dabei immer stärker auf Finanzveranlagung und -spekulation.

2. Nährboden des Finanzkapitalismus ist die neoliberale Weltanschauung. Die Aufgabe fester Wechselkurse samt Dollarentwertung, Ölpreisschocks, Rezessionen und hoher Inflation in den 1970ern sowie deren Bekämpfung durch eine Hochzinspolitik, die Deregulierung der Finanzmärkte und der Boom der Finanzinnovationen (Derivate) in den 1980ern, **all dies beruhte auf neoliberalen Empfehlungen.** Das Wirtschaftswachstum halbierte sich, Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen.

3. Der Neoliberalismus nutzt die von ihm selbst geschaffenen Probleme zur weiteren Durchsetzung seiner Forderungen. Mit der Staatsverschuldung **wurden Sparpolitik und (damit) die Schwächung des Sozialstaats gerechtfertigt,** mit der Arbeitslosigkeit die Deregulierung der Arbeitsbeziehungen, atypische Beschäftigung und die Senkung des Arbeitslosengeldes. Beide Entwicklungen haben das Wirtschaftswachstum weiter gedämpft und die Ungleichheit steigen lassen.

4. Die neoliberale (Reform-)Politik **stärkt die Mentalität des „Lassen wir unser Geld arbeiten“,** insbesondere durch die Förderung der kapital-„gedeckten“ Altersvorsorge, durch den Geldwert als Hauptziel der Politik, durch die Propagierung der „Kunst des Trading“, durch die Fixierung auf die Börse als Zentrum der Wirtschaft. All dies förderte die Finanzbooms seit den 1990er Jahren.

5. Mit den Booms auf den Aktien-, Rohstoff-, Devisen- und Immobilienmärkten **wurden Finanzwerte geschaffen, die keine realwirtschaftliche Deckung hatten** – das Potenzial für die große Krise war aufgebaut, es entlud sich ab 2007 durch die gleichzeitige Entwertung von Aktien-, Rohstoff- und Immobilienvermögen, Nachfrage und Produktion brachen ein.

6. Die Politik hat mit Banken- und Konjunkturpaketen **nur die Symptome der großen Kri-**

se bekämpft, ihre systemischen Ursachen blieben unberührt. Schlimmer noch: Die „Finanzalchemie“ boomt mehr denn je, egal ob durch Spekulation auf Staatspleiten, höhere Rohstoffpreise oder eine Euroabwertung. All dies wurde durch den Neoliberalismus legitimiert, also kann es von den Eliten nicht als Krisenursache wahr genommen werden („Zauberlehrlingsyndrom“).

7. Über drei Jahrzehnte hat die Umsetzung der neoliberalen Empfehlungen Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Armut steigen lassen, **den Sozialstaat geschwächt und das Potenzial für die große Krise aufgebaut.** Nun fordern die Eliten jene Therapien ein, die Teil der Krankheit sind: Senkung der Sozialausgaben, weitere Privatisierung, Schonung der Finanzvermögen, keine Konsolidierungsbeiträge der Vermögenden.

8. Die schwierigste Phase der großen Krise **liegt nicht hinter uns, sondern vor uns.** Bei neuerlich sinkenden Aktienkursen, hoher Arbeitslosigkeit, leeren Staatskassen, EU-weiter Sparpolitik sowie instabilen Wechselkursen und Rohstoffpreisen versuchen alle Sektoren, ihre Lage durch Ausgabenenkungen abzusichern: Unternehmer, Haushalte, Ausland und Staat. Das ist der Stoff für eine mehrjährige Krise.

9. In einer solchen Situation muss der Staat der Realwirtschaft nachhaltige Impulse geben, gleichzeitig aber auch seine Finanzlage stabilisieren. Dafür gibt es nur einen Weg: Er muss den Einkommensstärksten, insbesondere den Besitzern großer Finanzvermögen, **spürbare Konsolidierungsbeiträge abverlangen, und zwar aus ökonomischen Gründen:** Die „Reichen“ reagieren auf (leichte) Einkommensverluste nicht mit einer Einschränkung ihres Konsums, sondern ihres Sparens (im Gegensatz zu den Beziehern von Sozialleistungen). Mit diesen Mitteln soll eine expansive Gesamtstrategie finanziert werden, welche Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und Klimawandel „im Ganzen“ bekämpft.

10. Eine solche Strategie würde an die („realkapitalistische“) Tradition der sozialen Marktwirtschaft anknüpfen, sie würde die Kooperation zwischen Unternehmen und Gewerkschaften stärken, die „Finanzalchemisten“ in die Schranken weisen, und sie würde so den Übergang zu einem realkapitalistischen System ermöglichen, in dem **die Interessen von Arbeit und Realkapital Vorrang haben gegenüber den Interessen des Finanzkapitals.** •

Ein New Deal für Europa

Um die Krise zu überwinden, sollten die Staaten des europäischen Wirtschaftsraums auf eine expansive Gesamtstrategie setzen, die gleichzeitig Staatsverschuldung, Arbeitslosigkeit, soziale Ungleichheit und



Foto: WIFO

Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister, 62, Mitarbeiter am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung, lehrt an der Universität Wien sowie an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Klimawandel bekämpft. Finanziert werden können die zusätzlichen Investitionen durch Konsolidierungsbeiträge der Einkommensstärksten. Das fordert Stephan Schulmeister. Die wichtigsten Komponenten dieser Strategie hat er in dem Buch „Mitten in der großen Krise. Ein ‚New Deal‘ für Europa“ (Picus Verlag Wien, 9,90 Euro, www.picus.at) beschrieben.

Stephan Schulmeister ist einer der Referenten einer DGB-Tagung in Berlin zur sozial gerechten Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise am 7. Oktober im Rahmen der Herbstaktionen der Gewerkschaften (einblick 13/10). Auch die Politikwissenschaftlerin Gesine Schwan sowie der Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber, Mitglied des Weltklimarates und Professor an der Uni Potsdam, werden an der Fortsetzung des DGB-Kapitalismuskongresses vom Mai 2009 teilnehmen.

Mehr dazu im nächsten einblick.